

**Satzung der
„Deutschen Verkehrswacht -
Kreisverkehrswacht Ludwigshafen e. V.“**

**§ 1
Name, Sitz, Rechtsform**

- (1) Der Verein führt den Namen „Deutsche Verkehrswacht, Kreisverkehrswacht Ludwigshafen e.V.“. Er ist im Vereinsregister eingetragen.
- (2) Sitz des Vereins ist Ludwigshafen am Rhein
- (3) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr
- (4) Der Verein wurde am 14. Mai 1957 gegründet und unter der Nr. VR 1392 in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Ludwigshafen eingetragen

**§ 2
Zweck**

- (1) Zweck des Vereins ist die Förderung der Verkehrssicherheit und die Verhütung von Verkehrsunfällen unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes im Bereich des Gebietes der Kreisverkehrswacht Ludwigshafen e.V. durch freiwillige Mitarbeit und Eigeninitiative aller Mitglieder.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:

- Verkehrserziehung und Verkehrsaufklärung,
 - Verhütung von Verkehrsunfällen durch geeignete Maßnahmen,
 - Vertretung des Anspruchs aller Verkehrsteilnehmer auf ausreichende Sicherheit im Straßenverkehr,
 - Gewinnung von Verkehrsteilnehmern zur Mitarbeit,
 - Förderung der Jugendarbeit und ihre Organisation mit dem Ziel, junge Menschen frühzeitig an die Verkehrssicherheitsarbeit der Verkehrswachten heran zu führen,
 - Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene mit gemeinnützigen Organisationen und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die die Verkehrssicherheit fördern,
 - Teilnahme an bundesweiten sowie landesweiten Programmen und Aktivitäten der Deutschen Verkehrswacht und der Landesverkehrswacht Rheinland-Pfalz.
- (2) Der Verein erkennt die Satzungen der Deutschen Verkehrswacht und der Landesverkehrswacht Rheinland-Pfalz als verbindlich an und führt deren rechtsverbindlich gefassten Beschlüsse durch.

**§ 3
Gemeinnützigkeit**

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig,

erstrebt keinen Gewinn und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

- (2) Die Mitglieder erhalten keinen Gewinnanteil und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins und haben bei ihrem Ausscheiden sowie bei Auflösung oder Erlöschen des Vereins keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.
- (3) Der Verein darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Der Verein hat ordentliche und fördernde Mitglieder sowie Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder können sein alle an den Zielen des Vereins interessierten
 - natürliche Personen,
 - juristische Personen,
 - Verbände und Vereinigungen und im Rechtsverkehr anerkannte nicht rechtsfähige Personenvereinigungen,
 - Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts.
- (3) Der Vorstand kann natürliche Personen, juristische Personen, Verbände und Vereinigungen, Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts als fördernde Mitglieder aufnehmen. Persönlichkeiten, die sich um die Förderung der Verkehrssicherheit oder um den Verein besonders verdient gemacht haben, können vom Vorstand zu Ehrenmitgliedern ernannt werden. Sie haben beratende Stimme.
- (4) Voraussetzung für die Berechtigung zur Führung des Namens „Verkehrswacht“ ist
 - die Verwendung des Begriffs „Deutsche Verkehrswacht“ im Vereinsnamen,
 - die Verpflichtung der Verkehrswacht in ihrer Satzung, die verbindlichen Beschlüsse der Organe der Deutschen Verkehrswacht und der Landesverkehrswacht Rheinland-Pfalz durchzuführen
 - die Begrenzung des Vereinszwecks gem. § 2.
- (5) Über die Aufnahme von Mitgliedern nach Abs. 2 und 3 entscheidet der Vorstand. Aufnahmeanträge sind schriftlich zu stellen.
- (6) Die mit einem Vereinsamt verbundene Mitgliedschaft beginnt mit der Erklärung des Gewählten, dass er das Amt annimmt.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die ordentlichen Mitglieder haben Anspruch auf Unterstützung ihrer Belange im Rahmen der Satzung und das Recht auf Auskünfte über alle satzungsgemäßen Angelegenheiten durch die zuständigen Organe. Sie haben Sitz und Stimme in der Mitgliederversammlung.

- (2) Der Verein regelt alle Angelegenheiten selbstständig und eigenverantwortlich. Für überregionale Angelegenheiten kann die Landesverkehrswacht eingeschaltet werden.
- (3) Die ordentlichen Mitglieder im Sinne des § 4 Abs. 2 haben einen Jahresbeitrag zu bezahlen, dessen Höhe die Mitgliederversammlung festlegt und der spätestens am 30. Juni des Jahres fällig ist.
- (4) Ehrenmitglieder haben keinen Beitrag an den Verein zu bezahlen. Fördernde Mitglieder entrichten Beiträge entsprechend ihre Finanzierungszusagen.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet
 - durch Tod,
 - durch Austritt,
 - durch Ausschluss,
 - bei Mitgliedern, die nicht natürliche Personen sind, durch Beendigung ihrer Rechtsfähigkeit, ferner durch Auflösung oder Erlöschen.
- (2) Ein Austritt ist nur zum Ende des Geschäftsjahres zulässig; die schriftliche Austrittserklärung muss dem Vorstand spätestens bis 30. September des betreffenden Jahres zugegangen sein.
- (3) Ein Ausschluss kann erfolgen
 - 3.1 bei groben Verstößen gegen die Satzung,
 - 3.2 bei verbandsschädigendem Verhalten,
 - 3.3 bei Rückständen von mehr als zwei Jahresmitglieder-Beiträgen,
 - 3.4 bei rechtskräftiger Verurteilung wegen vorsätzlichen oder grob fahrlässigen, schwerwiegenden Fehlverhaltens im Straßenverkehr oder
 - 3.5 bei einem Verhalten, das geeignet ist, das Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit zu schädigen.
- (4) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Mitglieds. Das Mitglied kann binnen eines Monats nach Erhalt der Ausschlussentscheidung hiergegen schriftlich Einspruch an die Mitgliederversammlung erheben. Bis zur Entscheidung der Mitgliederversammlung, welche endgültig ist, ruhen die Rechte und Pflichten des Mitglieds.
- (5) Ein ausgeschlossenes Mitglied hat keinen Anspruch auf Rückzahlung geleisteter Beiträge.

§ 7 Organe

- (1) Die Organe des Vereins sind
 - 1.1 die Mitgliederversammlung
 - 1.2 der Vorstand

1.3 der Beirat

- (2) Die Organe führen die Aufgaben des Vereins im Rahmen der satzungsmäßigen Zwecke durch.

§ 8 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
- (2) Jedes ordentliche Mitglied und jedes Mitglied des Vorstandes hat eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen; ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als vier freie Stimmen vertreten. Bei Beschlüssen, die eine Satzungsänderung oder eine Auflösung des Vereins beinhalten, ist keine Vertretung zulässig.
- (3) Die Mitgliederversammlung ist in der Regel alle zwei Jahre vom Vorstand durch einfachen Brief an die letztbekannte Anschrift der Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung sowie unter Beifügung der vorliegenden schriftlichen Anträge vier Wochen vor dem Versammlungstag einzuberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag.
- (4) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Sind weniger als ein Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend, so kann der Vorstand eine weitere Mitgliederversammlung einberufen, für die keine Mindestanzahl an stimmberechtigten Mitgliedern anwesend sein muss. Darauf ist in der Einladung zu dieser weiteren Mitgliederversammlung hinzuweisen.

Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Alle Wahlen können auf Antrag bei einfacher Mehrheit offen sowie en bloc durchgeführt werden.

- (5) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn der Vorstand dies beschließt oder wenn die Einberufung von mindestens einem Zehntel der stimmberechtigten Mitglieder unter Angabe des Beratungsgegenstandes gefordert wird.
- (6) Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung gehören:
 - Wahl der/des Vorsitzenden und der weiteren Mitglieder des Vorstandes,
 - Entgegennahme des Tätigkeits- und Rechenschaftsberichtes des Vorstandes,
 - Genehmigung des Jahresabschlusses,
 - Entlastung des Vorstandes,
 - Festsetzung der Mitgliedsbeiträge
 - Beschlussfassung zur Satzung,
 - Wahl von zwei Rechnungsprüfer/innen,
 - Beratung und Beschlussfassung über Anträge gemäß § 9 Abs.7,

- Festsetzung der Aufwandsentschädigung für die/den ehrenamtliche/n Geschäftsführer/in
 - sowie die sonstigen, ihr in dieser Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.
- (7) Anträge zur Tagesordnung können von jedem Mitglied eingebracht werden. Sie müssen spätestens fünf Wochen vor dem Versammlungstag dem Vorstand schriftlich zugegangen sein. Über die Zulassung von Anträgen, die später, insbesondere erst in der Mitgliederversammlung, gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Diese Möglichkeit gilt nicht für Anträge, die eine Satzungsänderung oder die Auflösung des Vereins bezwecken.
- (8) Die Mitgliederversammlung wird von der/dem Vorstandsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung von der/dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden geleitet. Ist auch diese/r verhindert, übernimmt das an Lebensjahren älteste Mitglied des Vorstands die Versammlungsleitung.
- (9) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von der/dem Schriftführer/in und von der/dem Versammlungsleiter/in zu unterzeichnen ist.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand leitet den Verein gemäß § 26 BGB. Es besteht aus
- der/dem Vorsitzenden,
 - der/dem 1. stellvertretenden Vorsitzenden
 - der/dem 2. stellvertretenden Vorsitzenden und
 - der/dem Schriftführer/in
- Die/Der Vorstandsvorsitzende vertritt den Verein stets allein, im Übrigen wird der Verein durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten. Im Innenverhältnis dürfen die Vorstandsmitglieder von ihrer Vertretungsbefugnis nur bei Verhinderung des Vorsitzenden Gebrauch machen.
- (2) Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands regelt der Vorsitzende im Benehmen mit dem Vorstand.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitglieder des Vorstands bleiben bis zur Neuwahl im Amt; im Falle eines Rücktritts oder des Ausscheidens eines Mitglieds des Vorstands während der Wahlperiode aus einem anderen Grund kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger bestellen.
- (4) Das Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei seiner Mitglieder anwesend sind. Es fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten nicht als abgegebene Stimmen.
- (5) Für die Ladung gilt § 8, Abs. 3 sinngemäß mit der Maßgabe, dass in der Regel jährlich drei Vorstandssitzungen stattfinden sollen. Die Sitzung des Vorstands wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von dem stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Ist auch dieser verhindert, übernimmt das an Lebensjahren älteste Mitglied des Vorstands die Versammlungsleitung. Über die Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen, das von mindestens zwei Vorstandsmitgliedern zu unterzeichnen ist.

(6) Der Vorstand ist insbesondere zuständig für

- die Erledigung der laufenden Geschäfte
- Beauftragung eines Vorstandsmitgliedes mit der Aufgabe eines ehrenamtlichen Geschäftsführers und bei Bedarf über die Anstellung und Kündigung eines hauptamtlichen Geschäftsführers
- Personalangelegenheiten der hauptamtlichen Angestellten in der Geschäftsstelle des Vereins,
- Stundung und Erlass von Mitgliedsbeiträgen,
- den Vollzug der Beschlüsse der Mitgliederversammlung

Es ist im Übrigen in allen Angelegenheiten entscheidungsbefugt, die in dieser Satzung nicht ausdrücklich der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.

(7) Die Mitglieder des Vorstands können eine pauschale Aufwandsentschädigung für Ihre Tätigkeit erhalten. Hierüber sowie über die Höhe einer entsprechenden Aufwandsentschädigung entscheidet die Mitgliederversammlung. Bei Beschlussfassungen über Aufwandsentschädigungen sind von dem möglichen Beschluss begünstigte Mitglieder des Vorstands nicht stimmberechtigt.

§ 11

Beirat

- (1) Die Mitgliederversammlung kann als sachverständiges Gremium aus Mitgliedern und Nichtmitgliedern, die Fachkenntnisse und Erfahrungen im Verkehrswesen haben, einen Beirat berufen; die Zahl der Beiratsmitglieder soll 6 Personen nicht übersteigen.
- (2) Aufgabe des Beirates ist es, den Vorstand in der Verkehrswachtarbeit zu unterstützen und zu beraten
- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Beirats beträgt vier Jahre. Scheidet ein Mitglied vor der Zeit aus, so kann der Vorstand für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied bestellen.

§ 12

Rechnungsprüfer

- (1) Zur Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzverwaltung des Vereins wählt die Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren zwei Rechnungsprüfer/innen, die dem Vorstand nicht angehören dürfen.
- (2) Scheidet ein/e Rechnungsprüfer/in vorzeitig aus, so bestellt der Vorstand für den Rest der Amtszeit bis zur Neuwahl eine/n kommissarischen Rechnungsprüfer/in.

§ 14

Auflösung des Vereins

- (1) Über die Auflösung des Vereins entscheidet eine zu diesem Zweck besonders einuberufende Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

- (2) Bei Auflösung des Vereins, bei seiner Aufhebung oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Landesverkehrswacht Rheinland-Pfalz e.V. oder an das Land Rheinland-Pfalz oder an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts oder an eine als steuerbegünstigt besonders anerkannte Körperschaft, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne dieser Satzung zu verwenden haben.
- (3) Der Empfänger wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.

§ 15 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft. Sie ersetzt die Satzung des Vereins vom 03.06.2016

Vorstehende Fassung der Satzung wurde auf der Hauptversammlung der Kreisverkehrswacht Ludwigshafen e.V. am 07.12.2018 in Mutterstadt beschlossen.

Mutterstadt, 07.12.2018

(in Original unterzeichnet)

(in Original unterzeichnet)

Markus Kirsch, Vorsitzender

Roswitha Lauerbach, Schriftführerin